



Einführung eines Solidaritätendienstes in Luxemburg

In diesen außergewöhnlichen und turbulenten Zeiten fragen sich besonders junge Menschen wie die Gesellschaft, in der sie leben, morgen aussehen wird? Wo wird ihr Platz in unserer Gesellschaft sein? Und werden sie sich überhaupt noch in unserem Gesellschaftsbild wiedererkennen?

Allein im letzten Jahrhundert hat sich Luxemburg vom Agrarland zur Industrienation und anschließend zu einem international anerkannten Finanzplatz entwickelt. Während dieser Zeit hat sich auch unsere Gesellschaft grundlegend verändert – sie ist offener, vielfältiger und individueller geworden. Aus wenigen großen geschlossenen Gemeinschaften sind heute viele verschiedenen Werte- und Lebensgemeinschaften entstanden, die untereinander und miteinander unsere luxemburgische sowie europäische Identität maßgebend prägen.

Diese Entwicklung ist grundsätzlich zu begrüßen, hat sie doch unser Leben und unseren Alltag bereichert, unseren Horizont und unsere Wahlfreiheit erweitert und jedem Möglichkeiten und Lebensperspektiven geboten, die vielen von unseren Landsleuten noch vor 20 Jahren verwehrt bleiben. Auch wurden in dessen Zuge eine Reihe gesetzlicher und gesellschaftlicher Diskriminationen beseitigt.

Gleichzeitig stellt sich heute jedoch verstärkt die Frage nach der Solidarität: Was hält uns eigentlich noch zusammen? Mit der zunehmenden Vielfalt an Werte- und Lebensgemeinschaften wächst auch die Gefahr einer Abschwächung der Solidarität in der Gesellschaft. Durch unzureichendes Verständnis füreinander, mangelnden Austausch und fehlende Empathie zwischen den manchmal grundverschiedenen Gemeinschaften kann es zu einer Entfremdung oder gar Ablehnung bestimmter Lebensweisen kommen. Dies schwächt die Bereitschaft des Einzelnen nicht immer nur seinen eigenen Bedürfnissen nachzukommen, sondern auch seinen Mitmenschen dienlich zu sein und damit den erforderlichen Zusammenhalt der Gesellschaft besonders in Krisenzeiten zu sichern.

Unsere **Grundwerte** von Freiheit und Demokratie, von Menschenwürde und Menschenrechte, können wir jedoch nur gemeinsam als Gesellschaft erhalten. Gerade heute, mit den aktuellen Entwicklungen im Hintergrund, ist uns klarer denn je, dass unsere Generation diese nun jeden Tag aufs Neue erkämpfen und verteidigen muss. Dazu brauchen wir gegenseitige Wertschätzung und einen tiefen Respekt des Menschseins. Wir brauchen Solidarität und einen Sinn für Gemeinwohl.

Doch trotz moderner Medien und den schier unendlichen Informationsmöglichkeiten, die das Internet bietet, kennen heute viele junge Menschen die unterschiedlichen Lebenswelten von zum Beispiel Menschen mit Behinderung, Migrationshintergrund oder auch älteren Menschen kaum. Mit der Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht wollen wir, dass Möglichkeiten geschaffen werden, um Solidarität konkret auszuleben und die sozialen

Bindungen zu stärken. Wir wollen, dass junge Menschen sich in ihren Bildungsjahren mehr dem Gemeinwohl widmen und gesellschaftliche Verantwortung übernehmen können. Wir wollen, dass sie neue Lebenswelten und andere Lebensrealitäten kennenlernen und somit ihren eigenen Platz in der Gesellschaft selbstbestimmter wahrnehmen können.

Deshalb fordert die CSJ:

- Die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für junge Menschen zwischen 17 und 19 Jahren mit der Möglichkeit ihr Tätigkeitsfeld frei zu wählen.
- Als Tätigkeitsfelder eines zukünftigen Solidaritätsdienstes, unter anderem:
 - Pflege
 - Fürsorge
 - Protection Civile
 - Integration
 - Entwicklungshilfe
 - Umwelt
 - Armee

- Richtziel sollte sein, den jungen Menschen Einblicke in den ihnen unbekannte Lebenswelten zu geben, um ihnen das Sammeln neuer Erfahrungen zu ermöglichen, die sie für ihr zukünftiges Leben positiv prägen und unsere Gesellschaft so gestärkt wird.
- Die Dauer der Dienstpflicht (2-3 Monate) sollte im Rahmen des Schultrimesters eingebunden werden, damit sie tatsächlich neue Kompetenzen und Eigenschaften erlernen und diese für die Gesellschaft gewinnbringend einsetzen können.
- Gemischte Teams von jungen Menschen mit verschiedenen Hintergründen zu fördern um gemeinsame Projekte und Aufgaben zu bewältigen, damit soziale, kulturelle und digitale Filterblasen platzen.
- Die Einbindung der Schulen zur Vorbereitung der jungen Menschen auf den bevorstehenden Solidaritätsdienst. Das Abschließen des Solidaritätsdienstes soll im Schulabschluss anerkannt werden.
- Das Jugendministerium auf, einen diesbezüglichen Aktionsplan und anschließend einen Gesetzesvorschlag aufzustellen.

Angenommen auf dem CSJ-Nationalkongress 2017 in Bettemburg